

Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu der Verordnung der Bundesregierung
- Drucksache 15/5994

Einundsiebzigste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

A. Problem

Ausweitung der bestehenden Meldebestimmungen und des Untersagungsvorbehalts zum ausländischen Erwerb von in Deutschland ansässigen Unternehmen, die Kriegswaffen herstellen oder entwickeln oder Verschlüsselungssysteme zur Übertragung staatlicher Verschlusssachen produzieren, auf Unternehmen, die Panzermotoren und -getriebe herstellen oder entwickeln.

B. Lösung

Empfehlung, die Aufhebung der Verordnung nicht zu verlangen.

Einstimmigkeit

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Die Ausweitung der Meldepflicht und des Untersagungsvorbehalts auf den ausländischen Erwerb von Unternehmen, welche Panzermotoren und -getriebe herstellen oder entwickeln, kann bei der Wirtschaft zu Kosten für die Vorbereitung der Meldungen führen. Die Höhe dieser Kosten ist nicht quantifizierbar. Für kleinere und mittlere Unternehmen führt die Änderung zu keinem spürbaren Kostenaufwand. Mit einer nennenswerten Auswirkung auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, ist nicht zu rechnen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

die Aufhebung der Verordnung 15/5994 nicht zu verlangen.

Berlin, den 14. Dezember 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Michael Fuchs
Berichterstatter

Dr. Ditmar Staffelt
Berichterstatter

Martin Zeil
Berichterstatter

Dr. Herbert Schui
Berichterstatter

Matthias Berninger
Berichterstatter

Bericht des/der Abgeordneten Dr. Michael Fuchs, Dr. Ditmar Staffelt, Martin Zeil, Dr. Herbert Schui und Matthias Berninger

I. Überweisung

Die Verordnung der Bundesregierung – Drucksache 15/5994 - wurde am 2. Dezember 2005 gemäß § 92 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Verordnung

Mit der Verordnung wird eine Meldepflicht für den ausländischen Erwerb von Unternehmen, die Panzermotoren und -getriebe herstellen oder entwickeln, geschaffen. Der Verkauf kann durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie untersagt werden, um wesentliche Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bislang gibt es die Meldepflicht nur für den ausländischen Erwerb von in Deutschland ansässigen Unternehmen, die Kriegswaffen herstellen oder entwickeln oder Verschlüsselungssysteme zur Übertragung staatlicher Verschlusssachen produzieren. Eine Beschränkung des Erwerbs durch Ausländer ist vor allem dann gerechtfertigt, wenn die sicherheitspolitischen Interessen oder die militärische Sicherheitsvorsorge des Landes gefährdet sind.

Mit der Änderung werden Unternehmen erfasst, die besonders konstruierte Motoren oder Getriebe zum Antrieb von Kampfpanzern oder anderen gepanzerten Kettenfahrzeugen herstellen oder entwickeln. Von der Änderung nicht erfasst werden Hersteller von Motoren und Getrieben, wenn etwa die Motoren für den Einsatz in militärischen Fahrzeugen lediglich geändert oder angepasst wurden. Dabei handelt es sich um Aggregate, die in den Hauptbaugruppen mit rein zivil verwendeten Motoren oder Getrieben übereinstimmen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 15/5994 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Verteidigungsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. Dezember 2005 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, die Aufhebung der Verordnung nicht zu verlangen.

Der Auswärtige Ausschuss hat auf die Abgabe eines Votums zu der Vorlage verzichtet.

IV. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Verordnung der Bundesregierung in seiner 2. Sitzung am 14. Dezember 2005 abschließend beraten.

Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, dass vergleichbare Regelungen auch in anderen verbündeten Ländern in unterschiedlicher Ausprägung existierten. Ziel der Verordnung sei es, die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und den Schutz der hier entwickelten Technologien in diesem Bereich zu gewährleisten. Durch die kurze Genehmigungspflicht von einem Monat sei im Übrigen sichergestellt, dass wichtige Investitionsentscheidungen nicht zeitlich verzögert würden.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zu empfehlen, die Aufhebung der Verordnung – Drucksache 15/5994 – nicht zu verlangen.

Berlin, den 14. Dezember 2005

Dr. Michael Fuchs
Berichterstatter

Dr. Ditmar Staffelt
Berichterstatter

Martin Zeil
Berichterstatter

Dr. Herbert Schui
Berichterstatter

Matthias Berninger
Berichterstatter